

## Nach der Bundestagswahl

Der am 15. September beendete Wahlkampf in der Bundesrepublik mobilisierte in Ost und West unseres Vaterlandes alle Kräfte des Volkes, die für den Fortschritt, für eine friedliche Lösung der deutschen Frage eintreten und die gegen die Atombombenpolitik der NATO, gegen das durch die Adenauer-Partei und dem hinter ihr stehenden Klüngel der Monopolisten, Junker, Militaristen und Revanchisten verkörperte System der Militarisierung und Faschisierung kämpfen.

In dem Kampf der westdeutschen Arbeiterklasse fiel der Kommunistischen Partei Deutschlands, die als einzige mit einem klaren Programm zum Sturz der Adenauer-Herrschaft und für den friedlichen demokratischen Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands über eine Konföderation der beiden deutschen Staaten auftrat, die führende Rolle zu. Doch sie war gezwungen, ihr Programm aus der Illegalität heraus den Massen zu erläutern. Dieser Kampf erforderte in erster Linie die feste Aktionsgemeinschaft der Arbeiterklasse als dem Kristallisationspunkt für alle fortschrittlichen und demokratischen Kräfte. Das gestellte Kampfziel war klar: Adenauer und seiner NATO-Politik sollte eine Niederlage bereitet werden.

Die Kommunistische Partei, durch ihre Illegalität daran gehindert, eigene Kandidaten für den Bundestag aufzustellen, gab darum die Losung aus, die Kandidaten der Sozialdemokratischen Partei zu wählen und gleichzeitig die Parteiführung der SPD zu zwingen, eine klare Frontstellung gegen das Adenauer-Regime zu beziehen.

In diesem Appell verkörperte sich ebenso wie in dem Kampfprogramm der KPD der Wunsch und der Wille von Millionen Menschen in Westdeutschland. Nicht nur der fortschrittliche, die Traditionen des Klassenkampfes bewahrende Teil der Arbeiterklasse, sondern auch weite Kreise des Kleinbürgertums, der Intelligenz und der Jugend gerieten in Bewegung und forderten immer stürmischer die Auslösung einer organisierten Volksbewegung gegen die Kriegspartei und die NATO-Politik.

Die neuneinhalb Millionen Wähler der sozialdemokratischen Kandidaten, unter ihnen der klassenbewußte Kern der westdeutschen Arbeiterschaft, erklärten mit ihrer Stimmabgabe ihren Willen zu einer Wende in der westdeutschen Politik.

Das sind auch jene Stimmen aus den Kreisen sozialdemokratischer Wähler, die am Tage nach der Wahl erklärt haben, daß nunmehr der Kampf gegen die Adenauer-CDU erst richtig beginnen müsse. Es sind die Stimmen der Wähler, die um die gewaltige Kraft wissen, die diese neuneinhalb Millionen Menschen besitzen, wenn sie organisiert eingesetzt werden. Und die auch wissen, welchen großen Einfluß sie auf diejenigen Wähler ausüben können, die bei der Wahl noch nicht übersahen, welche Lebensfragen für das deutsche Volk wirklich zur Entscheidung gestanden haben. Es sind auch jene Wähler, die bereits 24 Stunden nach der Wahl von der Bourgeoisie gefürchtet wurden, da sie, wie es im bürgerlichen Jargon heißt, zum „Radikalismus“ neigen könnten.

Das Positivum dieser neuneinhalb Millionen Stimmen gegen die Kriegspartei Adenauers wird weiterhin deutlich, wenn wir bedenken, welchen Charakter diese Wahlen besaßen, in welcher Art von „Demokratie“ und in welchem Staat sie durchgeführt wurden. „Beinahe wie zu Hitlers Zeiten“ — das ist nicht nur unsere Feststellung, dies auszusprechen waren selbst bürgerliche Zeitungen, so beispielsweise „Die Welt“ in Westdeutschland oder der englische „Daily Express“, gezwungen, wenn sie über den Wahlkampf schrieben. Wie sahen denn